

**Habilitationsordnung
der Fakultät für Ingenieurwissenschaften
an der Universität Duisburg-Essen
Vom 07. März 2014**

(Verkündungsblatt Jg. 12, 2014 S. 25 / Nr. 9)

Aufgrund des § 2 Abs. 4 und des § 68 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz - HG) vom 31.10.2006 (GV. NRW. S. 474), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.12.2013 (GV. NRW. S. 723), hat die Universität Duisburg-Essen folgende Ordnung erlassen:

Inhaltsübersicht:

- § 1 Ziel der Habilitation
- § 2 Zulassungsvoraussetzungen für das Habilitationsverfahren
- § 3 Habilitationsleistungen
- § 4 Habilitationsantrag und Habilitationsunterlagen
- § 5 Habilitationskommission
- § 6 Einleitung und Beschluss über die Eröffnung des Habilitationsverfahrens
- § 7 Schriftliche Habilitationsleistung
- § 8 Gutachten
- § 9 Beschlussfassung über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung
- § 10 Rücknahme des Habilitationsantrages
- § 11 Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung
- § 12 Mündliche Habilitationsleistung
- § 13 Wiederholung der mündlichen Habilitationsleistung
- § 14 Abschluss des Habilitationsverfahrens
- § 15 Einsicht in die Habilitationsunterlagen
- § 16 Umhabilitation
- § 17 Aufhebung der Lehrbefähigung
- § 18 Erteilung der Lehrbefugnis
- § 19 Zurücknahme der Lehrbefugnis
- § 20 Änderung bzw. Erweiterung des Gebietes der Lehrbefähigung
- § 21 Schlussbestimmung

§ 1

Ziel der Habilitation

- (1) Die Habilitation soll der Antragstellerin oder dem Antragsteller bescheinigen, ein wissenschaftliches Fach der Fakultät für Ingenieurwissenschaften der Universität Duisburg-Essen in Forschung und Lehre selbständig vertreten zu können.
- (2) Die Habilitation ist die Voraussetzung zur Verleihung der Venia Legendi (Lehrbefugnis) nach § 18.
- (3) Die Dauer des Habilitationsverfahrens soll zwölf Monate seit Einreichung des Zulassungsantrages nicht überschreiten.

§ 2

**Zulassungsvoraussetzungen für das
Habilitationsverfahren**

- (1) Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss eine besondere Befähigung zu wissenschaftlicher Arbeit besitzen, die durch den Nachweis einer Promotionsprüfung an einer deutschen Hochschule oder eines gleichwertigen akademischen Grades einer ausländischen wissenschaftlichen Hochschule nachgewiesen wird.
- (2) Die Antragstellerin oder der Antragsteller muss nachweisen, dass sie oder er über die Voraussetzungen gemäß Absatz 1 hinaus in dem wissenschaftlichen Fach, für das sie oder er die Lehrbefähigung anstrebt, nach der Promotion weitergehend wissenschaftlich gearbeitet hat.

§ 3

Habilitationsleistungen

- (1) Die zu erbringenden Habilitationsleistungen sind:
 1. Schriftliche Habilitationsleistung (§ 7),
 2. Mündliche Habilitationsleistung (§ 12).
- (2) Wird eine der in Absatz 1 bezeichneten Leistungen als nicht ausreichend beurteilt, so ist die gesamte Habilitation nicht bestanden. Ein Habilitationsversuch kann nur einmal wiederholt werden. Der Versuch gilt als unternommen, wenn das Habilitationsverfahren gemäß § 6 Abs. 2 eröffnet wurde. Die Rücknahme des Habilitations-

antrags gemäß § 10 ist nur einmal statthaft. Habilitationsversuche an anderen wissenschaftlichen Hochschulen sind mit zu berücksichtigen. Eine Ablehnung gemäß § 6 Abs. 3, 1. Halbsatz hat die Antragstellerin oder der Antragsteller nicht zu vertreten. Sie ist bei der Wiederholung der Antragstellung nicht zu berücksichtigen.

§ 4

Habilitationsantrag und Habilitationsunterlagen

Der Habilitationsantrag ist bei der Dekanin oder dem Dekan der Fakultät für Ingenieurwissenschaften mit folgenden Unterlagen einzureichen:

1. Lebenslauf mit einer Darstellung des persönlichen und beruflichen Werdegangs,
 2. Promotionsurkunde gemäß § 2 Abs. 1 und Dissertation,
 3. Schriftenverzeichnis und je ein Exemplar der verfassten oder mitverfassten wissenschaftlichen Arbeiten.
 4. Verzeichnis der von der Antragstellerin oder dem Antragsteller seit ihrer oder seiner Promotion selbstständig oder weisungsgebunden allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Lehrenden abgehaltenen Lehrveranstaltungen,
 5. Zeugnisse über abgelegte akademische bzw. staatliche Prüfungen. Bei ausländischen akademischen Graden kann eine Stellungnahme zur Gleichwertigkeit von der Zentralstelle für das ausländische Bildungswesen bei der ständigen Konferenz der Kultusminister eingeholt werden,
 6. eine Erklärung, dass die Grundsätze für die Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis an der Universität Duisburg-Essen in der jeweils gültigen Fassung eingehalten wurden, insbesondere dass die schriftliche Habilitationsleistung selbstständig verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden und dass die wörtlich oder inhaltlich übernommenen Stellen als solche kenntlich gemacht worden sind,
 7. Erklärung über bereits früher unternommene Habilitationsversuche,
 8. fünf Exemplare der schriftlichen Habilitationsleistung,
 9. Erklärung, für welches Fach die Habilitation beantragt wird.
- b) zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Fakultät und
 - c) zwei Studierende, die mindestens das Bachelorstudium abgeschlossen haben.
- (3) Die Mitglieder der Habilitationskommission werden auf Vorschlag der jeweiligen Mitgliedergruppe vom Fakultätsrat gewählt.
- (4) Bei Professorinnen und Professoren gemäß Abs. 2 Buchstabe a), welche nicht habilitiert sind, ist als Voraussetzung für die Teilnahme am Habilitationsverfahren eine Feststellung über die Gleichwertigkeit der Qualifikation zu treffen.
- (5) Die Habilitationskommission hat folgende Aufgaben:
1. Beschluss über die Zulassung der Bewerberin oder des Bewerbers zum beantragten Habilitationsverfahren,
 2. Benennung der Gutachterinnen oder Gutachter für die schriftliche Habilitationsleistung,
 3. Beschluss über die Annahme der schriftlichen Habilitationsleistung,
 4. Auswahl des Themas des wissenschaftlichen Vortrages,
 5. Beschluss über die Annahme der mündlichen Habilitationsleistung,
 6. Beschluss über die Annahme der gesamten Habilitationsleistung,
 7. Feststellung der Lehrbefähigung und
 8. Vorschlag für die Verleihung der Lehrbefugnis durch den Fakultätsrat.
- (6) Beschlüsse der Habilitationskommission bedürfen der Mehrheit der ihr angehörenden Professorinnen und Professoren.
- (7) Die Habilitationskommission wählt aus dem Kreis der Professorinnen und Professoren gemäß § 36 Abs. 1 Ziff. 4 a HG eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden sowie eine stellvertretende Vorsitzende oder einen stellvertretenden Vorsitzenden.
- (8) Die Habilitationskommission kann festlegen, dass die Gutachterinnen und Gutachter der schriftlichen Habilitationsleistung beratende Mitglieder der Kommission sein können.
- (9) Wird die Habilitation in einem Fach angestrebt, das auf das Gebiet einer anderen Fakultät übergreift, so können bis zu zwei Professorinnen und Professoren der anderen Fakultät, die die Qualifikation gemäß Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 aufweisen, der Kommission angehören. Diese Professorinnen und Professoren nehmen an den Sitzungen der Kommission stimmberechtigt teil.

§ 5

Habilitationskommission

- (1) Die Verantwortung der Durchführung des Habilitationsverfahrens liegt beim Fakultätsrat.
- (2) Für die Durchführung des Habilitationsverfahrens bildet die Fakultät eine Habilitationskommission. Der Habilitationskommission gehören an:
 - a) fünf aufgrund zusätzlicher wissenschaftlicher Leistungen (im Sinne von § 36 Abs. 1 HG) berufene Professorinnen oder Professoren oder habilitierte Mitglieder der Fakultät,

§ 6

Einleitung und Beschluss über die Eröffnung des Habitationsverfahrens

(1) Die Dekanin oder der Dekan prüft die gemäß § 4 von der Antragstellerin oder dem Antragsteller vorgelegten Unterlagen auf ihre Vollständigkeit. Ist diese gegeben, so unterrichtet sie oder er die Rektorin oder den Rektor sowie die Dekaninnen oder die Dekane der anderen Fakultäten über den Antrag. Der Fakultätsrat bildet gemäß § 5 die Habitationskommission. Anschließend werden die Unterlagen drei Wochen im Dekanat ausgelegt. Die Mitglieder der Habitationskommission nehmen Einsicht in die Unterlagen und können schriftliche Stellungnahmen abgeben. Diese Stellungnahmen sollen allen Kommissionsmitgliedern mindestens eine Woche vor der ersten Kommissionssitzung zugestellt werden, um dort einen Beschluss über die Eröffnung des Verfahrens unter möglichst sorgfältiger Abwägung aller eingegangenen Stellungnahmen zu ermöglichen.

(2) Nach Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist tritt die Habitationskommission auf Einladung der Dekanin oder des Dekans zusammen und beschließt über den Antrag auf Zulassung zum Habitationsverfahren. Eine Ablehnung des Antrages ist zu begründen.

(3) Die Ablehnung eines Antrages auf Zulassung zum Habitationsverfahren ist insbesondere dann möglich, wenn das Fachgebiet, dem das Thema der schriftlichen Habitationsleistung zuzuordnen ist, nicht in der Fakultät für Ingenieurwissenschaften der Universität Duisburg-Essen in Forschung und Lehre vertreten ist oder die Voraussetzungen des § 4 nicht erfüllt sind.

§ 7

Schriftliche Habitationsleistung

Als schriftliche Habitationsleistung sind vorzulegen:

1. eine Habitationsschrift, die einen wesentlichen Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis für das Fach darstellt, oder
2. eine kumulative Habitationsarbeit auf Basis wissenschaftlicher Veröffentlichungen, die einen wesentlichen Zuwachs der wissenschaftlichen Erkenntnis für das Fach darstellen und einen größeren wissenschaftlichen Zusammenhang erkennen lassen. Es sind nur Arbeiten zugelassen, die nach der Promotion entstanden sind bzw. über diese inhaltlich hinausgehen. Es wird erwartet, dass mindestens die Hälfte der Arbeiten einem peer review Verfahren unterzogen und in international anerkannten Zeitschriften veröffentlicht wurden. Weiter wird erwartet, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller in mindestens einem Drittel dieser Arbeiten Allein-, Erst- oder Seniorautor ist. Den Arbeiten sollte eine ca. 20-50 Seiten umfassende Zusammenfassung vorangestellt werden, die den Anteil der Antragstellerin oder des Antragstellers an diesen Arbeiten benennt und den inhaltlichen Zusammenhang der Einzelarbeiten sowie ihre Einbindung in das Forschungsfeld darstellt.

§ 8

Gutachten

(1) Nach Eröffnung des Habitationsverfahrens bestimmt die Habitationskommission drei Gutachterinnen oder Gutachter, die das Fach, dem die schriftliche Habitationsleistung zuzuordnen ist, in Forschung und Lehre vertreten. Eine Gutachterin oder ein Gutachter soll der Fakultät für Ingenieurwissenschaften angehören, mindestens zwei Gutachterinnen oder Gutachter gehören auswärtigen Hochschulen an. Die Antragstellerin oder der Antragsteller ist berechtigt, eine Gutachterin oder einen Gutachter vorzuschlagen.

(2) Die Gutachterinnen oder Gutachter nehmen unabhängig voneinander innerhalb einer Frist von drei Monaten in je einem schriftlichen Gutachten, das das Bewertungsergebnis nachvollziehbar begründet, zu der schriftlichen Habitationsleistung Stellung und schlagen der Habitationskommission die Annahme, die Änderung oder die Ablehnung der schriftlichen Habitationsleistung vor. Bei Fristüberschreitung soll eine neue Gutachterin oder ein neuer Gutachter bestimmt werden.

(3) Die Gutachten sind mit der schriftlichen Habitationsleistung der Habitationskommission zur Kenntnis zu geben.

§ 9

Beschlussfassung über die Annahme der schriftlichen Habitationsleistung

(1) Nachdem die schriftliche Habitationsleistung mit allen Unterlagen und den erforderlichen Gutachten gemäß § 8 sämtlichen Mitgliedern der Habitationskommission zur Kenntnis gelangt ist, beschließt die Habitationskommission in offener Abstimmung über die Annahme oder die Ablehnung der schriftlichen Habitationsleistung.

(2) Den fachwissenschaftlichen Gutachten ist maßgeblicher Einfluss auf die Bewertungsentscheidung der Habitationskommission einzuräumen. Ihnen ist eine prinzipielle inhaltliche Bindungswirkung aufgrund einer Vermutung fachlicher Richtigkeit beizumessen. In besonderen Zweifelsfällen ist zur Entscheidungsfindung ein weiteres Gutachten einzuholen.

(3) Bei der Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung der schriftlichen Habitationsleistung sind nur die Mitglieder der Habitationskommission gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und 2 stimmberechtigt. Jede gegen das Mehrheitsvotum der Gutachten abgegebene Stimme muss schriftlich begründet werden und die fachliche Qualifikation der oder des Abstimmenden erkennen lassen. Ungültige Stimmen, Stimmenthaltungen, Gegenstimmen ohne ausreichende Begründung gegen die Mehrheit der Gutachten, sind als Stimmen für das Mehrheitsvotum der Gutachten zu zählen. Kommt der Beschluss mit der Mehrheit der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder nicht zustande, ist die Annahme der schriftlichen Habitationsleistung abgelehnt. Die Ablehnung der schriftlichen Habitationsleistung ist durch die Habitationskommission schriftlich zu begründen.

(4) Die Entscheidung nach Absatz 1 ist der Antragstellerin oder dem Antragsteller umgehend nach der Beschlussfassung durch die oder den Vorsitzenden der Habitationskommission mitzuteilen.

§ 10

Rücknahme des Habilitationsantrages

Die Zurücknahme des Habilitationsantrages ist zulässig, solange nicht eine ablehnende Stellungnahme einer Gutachterin oder eines Gutachters bei der Habilitationskommission schriftlich vorliegt. Die Rücknahme ist dem Dekan oder der Dekanin schriftlich anzuzeigen. Die Zurücknahme der schriftlichen Habilitationsleistung allein ist unzulässig.

§ 11

Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung

(1) Im Falle der Ablehnung der schriftlichen Habilitationsleistung gemäß § 9 Abs. 1 beschließt die Habilitationskommission in einer unmittelbar anschließenden Beratung die Einräumung der Möglichkeit einer Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung. Für die Änderung ist im Einvernehmen mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller eine angemessene Frist von max. 24 Monaten festzulegen.

(2) Macht die Antragstellerin oder der Antragsteller von der Möglichkeit der Änderung fristgerecht Gebrauch, so tritt die Habilitationskommission unverzüglich nach Wiedervorlage der schriftlichen Habilitationsleistung in die erneute Beratung und Beschlussfassung gemäß § 9 Abs. 1 ein. Gegebenenfalls sind die Gutachterinnen oder Gutachter um erneute Stellungnahme zu bitten. Ein erneuter Beschluss zur Einräumung der Möglichkeit einer Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung gemäß Absatz 1 ist unzulässig.

(3) Hat die Antragstellerin oder der Antragsteller die von der Habilitationskommission für die Änderung der schriftlichen Habilitationsleistung festgesetzte Frist ohne triftigen Grund nicht eingehalten, so gilt die schriftliche Habilitationsleistung als abgelehnt.

(4) Die oder der Vorsitzende der Habilitationskommission unterrichtet die Antragstellerin oder den Antragsteller unverzüglich von der Entscheidung der Habilitationskommission gemäß Absatz 1 bis 3.

§ 12

Mündliche Habilitationsleistung

(1) Ist die schriftliche Habilitationsleistung gemäß der Beschlussfassung nach § 9 Abs. 1 angenommen, so bestimmt die Habilitationskommission im Einvernehmen mit der Antragstellerin oder dem Antragsteller und der Dekanin oder dem Dekan die Zeitpunkte

- a) für einen hochschulöffentlichen wissenschaftlichen Vortrag mit anschließendem Kolloquium vor der Habilitationskommission sowie
- b) eine studiengangbezogene Lehrveranstaltung.

Die studiengangbezogene Lehrveranstaltung ist zeitlich vor dem wissenschaftlichen Vortrag zu erbringen.

(2) Die Dauer des wissenschaftlichen Vortrags sollte 45 Minuten betragen. Die Antragstellerin oder der Antragsteller soll durch den wissenschaftlichen Vortrag zeigen, dass sie oder er ein wissenschaftliches Thema aus seinem Fach sachkundig und kritisch darstellen kann und eine

Diskussion wissenschaftlicher Fragen formgerecht und sachlich zu bestreiten weiß. Die Antragstellerin oder der Antragsteller legt hierzu der Habilitationskommission drei Themen zur Auswahl vor, die von dem der schriftlichen Habilitationsleistung und unter sich inhaltlich verschieden sein müssen. Die Auswahl wird von der Habilitationskommission getroffen. Das ausgewählte Thema wird der Antragstellerin oder dem Antragsteller mit einer Vorbereitungsfrist von 3 Wochen bekannt gegeben

(3) Die studiengangbezogene Lehrveranstaltung ist unter studentischer Beteiligung durchzuführen, um die Meinung der studentischen Zuhörer und Zuhörerinnen in das Verfahren einzubringen. Das ausgewählte Thema wird der Antragstellerin oder dem Antragsteller mit einer Vorbereitungsfrist von 3 Wochen bekannt gegeben.

(4) Unmittelbar nach Abschluss des Kolloquiums wird über die Vortrags- und Diskussionsleistung von der Habilitationskommission in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

(5) Danach fasst die Habilitationskommission einen Beschluss über die Annahme der mündlichen Habilitationsleistung. Es gilt § 9 Abs. 3 und 4 entsprechend.

(6) Nach Annahme der mündlichen Habilitationsleistung beschließt die Habilitationskommission über die Fachbezeichnung, für die die Lehrbefähigung festgestellt wurde.

§ 13

Wiederholung der mündlichen Habilitationsleistung

Ist die mündliche Habilitationsleistung nach § 12 nicht angenommen worden, so gilt § 3 Abs. 2 Satz 1. In begründeten Ausnahmefällen kann eine einmalige Wiederholung der mündlichen Habilitationsleistung beschlossen werden, die spätestens in dem dem Ablehnungstermin folgenden Semester zu absolvieren ist. Die Beschlussfassung und das Verfahren zur Wiederholung der mündlichen Habilitationsleistungen bestimmen sich nach entsprechender Anwendung der Vorschriften nach § 12.

§ 14

Abschluss des Habilitationsverfahrens

(1) Die Habilitationskommission stellt fest, ob die gesamte Habilitationsleistung als angenommen gilt. Es gilt § 9 Abs. 3 und 4 entsprechend.

(2) Die oder der Vorsitzende der Habilitationskommission berichtet dem Fakultätsrat über die Annahme oder Ablehnung der Habilitationsleistung. Der Fakultätsrat stellt daraufhin fest, dass das Verfahren ordnungsgemäß und frei von sachfremden Erwägungen durchgeführt worden ist. Der Fakultätsrat kann das Verfahren einmalig an die Habilitationskommission zurückweisen.

(3) Mit der Annahme der gesamten Habilitationsleistungen ist die Lehrbefähigung festgestellt und das Habilitationsverfahren abgeschlossen.

(4) Die Dekanin oder der Dekan überreicht der Antragstellerin oder dem Antragsteller eine Urkunde (s. Anlage 1) über die Feststellung der Lehrbefähigung, die folgende Angaben enthält:

1. die wesentlichen Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers,
2. das Thema der Habilitationsschrift,
3. die Bezeichnung des wissenschaftlichen Faches, für das die Lehrbefähigung festgestellt ist,
4. die Bezeichnung der Fakultät, die die Lehrbefähigung festgestellt hat,
5. das Datum der Beschlussfassung über die Habilitation,
6. die Unterschrift der Dekanin/des Dekans und
7. das Siegel der Fakultät.

(5) Ergibt sich vor Abschluss des Verfahrens, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller bei der Eröffnung des Habilitationsverfahrens oder während des Habilitationsverfahrens einer Täuschung, worunter auch Plagiate fallen, schuldig gemacht hat, so hat der Fakultätsrat das Verfahren für ungültig zu erklären.

(6) Die Habilitationskommission kann sich zur Feststellung der Täuschung des Einsatzes einer entsprechenden Software oder sonstiger elektronischer Hilfsmittel bedienen.

§ 15

Einsicht in die Habilitationsunterlagen

Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat im Falle einer Ablehnung auf Antrag das Recht auf Einsicht in die Akten des Habilitationsverfahrens.

§ 16

Umhabilitation

Die Antragstellerin oder der Antragsteller, die oder der an einer anderen wissenschaftlichen Hochschule in einem Fach habilitiert ist, das in der Fakultät für Ingenieurwissenschaften vertreten ist, kann auf Antrag die Lehrbefähigung in der Fakultät für Ingenieurwissenschaften der Universität Duisburg-Essen erhalten. Der Antrag ist mit den Unterlagen gemäß § 4 zu versehen. Zusätzlich ist die Urkunde über das bereits abgeschlossene Habilitationsverfahren beizufügen. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen dieser Ordnung. Die Habilitationskommission kann Teile der Habilitationsleistungen anerkennen oder ganz auf zusätzliche Habilitationsleistungen verzichten.

§ 17

Aufhebung der Lehrbefähigung

(1) Die Feststellung der Lehrbefähigung wird aufgehoben, wenn derjenige akademische Grad nicht mehr geführt werden darf, der Voraussetzung für die Zulassung zum Habilitationsverfahren war.

(2) Die Lehrbefähigung wird entzogen, wenn sich nach Aushändigung der Venia Legendi herausstellt, dass sie oder er durch Täuschung oder anderes wissenschaftliches Fehlverhalten erworben worden ist oder wenn wesentliche Voraussetzungen für die Verleihung der Lehrbefähigung fälschlicherweise als gegeben angenommen

worden sind. Die Entscheidung trifft der um sämtliche Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer erweiterte Fakultätsrat. Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend. Die Grundsätze für die Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis an der Universität Duisburg-Essen sind zu beachten.

(3) Wer vorsätzlich einen Täuschungsversuch begeht, handelt ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ist die Kanzlerin oder der Kanzler.

(4) Zur Feststellung der Täuschung ist der Einsatz einer entsprechenden Software oder sonstiger elektronischer Hilfsmittel zulässig.

(5) Bei allen Entscheidungen zu Abs. 1 bis 2 ist der oder dem Betroffenen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

§ 18

Erteilung der Lehrbefugnis

(1) Nach erfolgreichem Abschluss des Habilitationsverfahrens entscheidet der Fakultätsrat auf Antrag der oder des Habilitierten über die Verleihung der Befugnis, in ihrem oder seinem Fach in der Fakultät für Ingenieurwissenschaften Lehrveranstaltungen selbständig durchzuführen (Venia Legendi). Der Antrag darf nur aus Gründen abgelehnt werden, die die Ernennung zur beamteten Professorin oder zum beamteten Professor gesetzlich ausschließen. Der Antrag kann schon mit dem Habilitationsantrag gemäß § 4 gestellt werden.

(2) Nach dem Beschluss ist die oder der Habilitierte berechtigt, die Bezeichnung „Privatdozentin“ oder „Privatdozent“ zu führen. Die oder der Habilitierte ist außerdem berechtigt, den Doktorgrad mit dem Zusatz „habilitatus“ zu führen. Ein Dienstverhältnis wird damit nicht begründet.

(3) Nach dem Beschluss stellt sich die oder der Habilitierte in einer öffentlichen Antrittsvorlesung vor, spätestens in dem Semester, das auf den Termin der Erteilung der Lehrbefähigung folgt. Der Termin wird von der Dekanin oder dem Dekan im Einvernehmen mit der Privatdozentin oder dem Privatdozenten festgesetzt.

(4) Die Dekanin oder der Dekan überreicht der oder dem Habilitierten im Anschluss an die Antrittsvorlesung eine Urkunde (siehe Anlage 2), in der die Erteilung der Lehrbefugnis erklärt wird und die folgende Angaben enthält:

1. die wesentlichen Personalien der Antragstellerin oder des Antragstellers,
2. die Bezeichnung des wissenschaftlichen Faches, für das die Lehrbefugnis erteilt wird,
3. die Bezeichnung der Fakultät, die die Lehrbefugnis erteilt,
4. das Datum der Beschlussfassung über die Lehrbefugnis,
5. die Unterschriften der Dekanin oder des Dekans und der Rektorin oder des Rektors und
6. das Siegel der Hochschule.

(5) Die Privatdozentin oder der Privatdozent hat das Recht und die Pflicht, in jedem Semester eine Lehrveranstaltung an der Universität Duisburg-Essen im Umfang von mindestens zwei Semesterwochenstunden zu halten.

**§ 19
Zurücknahme der Lehrbefugnis**

- (1) Die Lehrbefugnis erlischt
1. durch schriftliche Verzichtserklärung gegenüber der Fakultät,
 2. durch Berufung an eine andere wissenschaftliche Hochschule,
 3. durch Umhabilitation an eine andere Hochschule,
 4. durch Aufhebung der Lehrbefähigung (§ 17).
- (2) Die Lehrbefugnis ist zu entziehen,
1. wenn die Privatdozentin oder der Privatdozent ohne triftigen Grund zwei Jahre lang keine Lehrtätigkeit mehr ausgeübt hat, es sei denn, dass der Fakultätsrat sie oder ihn vorübergehend von dieser Pflicht entbunden hat oder sie oder er das 67. Lebensjahr vollendet hat,
 2. wenn die Privatdozentin oder der Privatdozent durch ihr oder sein Verhalten das Ansehen oder das Vertrauen, das ihre oder seine Stellung erfordert, verletzt hat bzw. wenn ein Grund vorliegt, der bei einer Beamtin oder einem Beamten die Rücknahme der Ernennung rechtfertigen würde.
- (3) Die Feststellungen bzw. Entscheidungen zu Absatz 1 und 2 trifft der Fakultätsrat, wobei der oder dem Betreffenden vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist.

**§ 20
Änderung bzw. Erweiterung des Gebietes
der Lehrbefähigung**

Auf Antrag einer oder eines Habilitierten kann eine Änderung bzw. Erweiterung des Gebietes erfolgen, für das die Lehrbefähigung festgestellt wurde. Die Bestimmungen der §§ 2 bis 19 gelten entsprechend; die Habilitationskommission kann jedoch Teile der Habilitationsleistung anerkennen oder ganz auf zusätzliche Habilitationsleistungen verzichten.

§ 21

Schlussbestimmung

(1) Diese Habilitationsordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Verkündungsblatt der Universität Duisburg-Essen - Amtliche Mitteilungen in Kraft.

(2) Zum Tage der Veröffentlichung bereits eröffnete Habilitationsverfahren werden nach der jeweiligen Ordnung zu Ende geführt. Auf Antrag der Antragstellerin oder des Antragstellers können bereits beantragte Verfahren nach der vorliegenden Ordnung abgeschlossen werden. Der Antrag ist unwiderruflich.

*

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Fakultät für Ingenieurwissenschaften vom 11.12.2013.

Duisburg und Essen, den 07. März 2014

Für den Rektor
der Universität Duisburg-Essen
Der Kanzler
In Vertretung
Eva Lindenberg-Wendler

Muster Habilitationsurkunde Lehrbefähigung

**Die Fakultät für
Ingenieurwissenschaften
der Universität Duisburg-Essen**

stellt
unter dem Rektorat der Professorin/des Professors (Titel, Vorname, Nachname)
und unter dem Dekanat der Professorin/des Professors (Titel, Vorname, Nachname)
fest, dass

Frau/Herr

(Titel, Vorname, Nachname)
geboren am (Datum) in (Ort, ggf. Land)

die

Lehrbefähigung

für das Fachgebiet

„(Bezeichnung)“

besitzt, nachdem sie/er durch die Habilitationsschrift

„(Titel)“

sowie die wissenschaftliche Vorlesung
mit anschließendem Kolloquium nachgewiesen hat, dass sie/er das Fachgebiet
in Forschung und Lehre selbstständig vertreten kann.

Duisburg und Essen, den (Datum)

Die Dekanin/der Dekan

(Titel, Vorname, Nachname)

Muster Habilitationsurkunde Lehrbefugnis

Die Fakultät für
Ingenieurwissenschaften
der Universität Duisburg-Essen

erteilt

unter dem Rektorat der Professorin/des Professors (Titel, Vorname, Nachname)
und unter dem Dekanat der Professorin/des Professors (Titel, Vorname, Nachname)
nach dem Beschluss des Fakultätsrates vom (Datum)

Frau/Herrn

(Titel, Vorname, Nachname)

geboren am (Datum) in (Ort, ggf. Land)

die

Lehrbefugnis

(Venia legendi)

für das Fachgebiet

„(Bezeichnung)“

Duisburg und Essen, den (Datum)

Rektorin/Rektor

Dekanin/Dekan

(Titel, Vorname, Nachname)

(Titel, Vorname, Nachname)